

## 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5557  
Vorlage 17/5685

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Einbringung durch den Minister des Innern

**Vorsitzender Daniel Sieveke** teilt die Vereinbarung der Obleute mit, rechtzeitig schriftliche Fragen zur Weiterleitung an das Ministerium einzureichen, das diese in der Sitzung am 28. Oktober mündlich beantworten werde. Der Ausschuss werde den Haushalt sodann abschließend am 11. November 2021 behandeln.

### **Minister Herbert Reul (IM)** berichtet:

Die Stärkung der inneren Sicherheit ist und bleibt ein Schwerpunktthema dieser Landesregierung; im Jahr 2022 ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von rund 303 Millionen Euro vorgesehen. Das Volumen wächst damit also auf beachtliche 6,7 Milliarden Euro; das ist im Übrigen das höchste Budget für innere Sicherheit in der gesamten Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit den zusätzlichen Mitteln stärken wir vor allem das Rückgrat unserer Polizei und Verwaltung: die Menschen. Weit über 2.300 Planstellen und Stellen sind neu eingeplant. Diese Erhöhung ist auch notwendig, weil diese Landesregierung zu ihren Versprechen steht. Das heißt konkret für die Polizei: in der analogen Welt weiterhin präsent sein und mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße bringen, aber auch im virtuellen Raum Straftaten verfolgen.

Denken Sie zum Beispiel an die Bekämpfung von Kinderpornografie, einer der kriminalistischen Topschwerpunkte dieser Landesregierung. Mit jedem Fall, jedem Handy, jeder Festplatte finden Sie Massen von Daten. Bei deren Auswertung stoßen Sie dann wiederum auf weitere Fälle, weitere Handys, weitere Festplatten. Um all diese Missbrauchsabbildungen auszuwerten, braucht es aber eben auch die Menschen, die sich Tag für Tag diese Bilder anschauen. Wir haben oft genug darüber geredet, was das für eine Riesenleistung ist. Deswegen brauchen wir davon immer mehr, auch weil immer mehr Taten ans Licht kommen. 123 Spezialistinnen und Spezialisten wollen wir deshalb hierfür zusätzlich einsetzen.

Außerdem stärken wir zusätzlich die Basis, das Backoffice in den Zentralabteilungen der Kreispolizeibehörden. Das bedeutet fast 1.000 neue Übernahmestellen für geprüfte Kommissarinnen und Kommissare. Allerdings wachsen all diese Menschen ja nicht auf Bäumen; sie müssen aus- und fortgebildet werden. Mit diesem Entwurf schaffen wir gute Voraussetzungen. Erst letzte Woche – das hat mich

besonders gefreut, einige von Ihnen waren auch da – hat die erste zentrale Vereidigungsfeier seit Beginn der Coronapandemie stattgefunden. 2.750 junge Kommissaranwärterinnen und -anwärter wurden hier ganz offiziell für die Polizeifamilie vereidigt. Im nächsten Jahr werden wieder 2.600 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung beginnen.

Ich möchte jetzt mal einen Strich drunter ziehen: 15.120 junge Polizistinnen und Polizisten werden damit von 2017 bis 2022 ihre Ausbildung angefangen haben – die ersten beiden Jahrgänge sind mittlerweile selbstverständlich fertig. Zusätzlich werden wir von 2017 bis 2022 4.154 Stellen und Planstellen schaffen. Mit diesem Moment haben wir die Trendwende geschafft: Das Kaputtsparen hat ein Ende; die Polizeifamilie wächst wieder. Das war ein Kraftakt, und dafür möchte ich mich auch bei Ihnen allen bedanken. Sie haben diesen Weg mit Ihren Beschlüssen begleitet.

Zur Infrastruktur der Polizei: Wir wollen auch in die Technik investieren. Wir sprechen hier von gut 930 Millionen Euro, die wir für Modernisierung, Professionalisierung und Digitalisierung einsetzen wollen. Alleine für den IT-Bereich und den Digitalfunk werden 2022 über 300 Millionen eingeplant.

Für die notwendigen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen in und an unseren Gebäuden stehen mit diesem Haushaltsentwurf in den nächsten fünf Jahren insgesamt 800 Millionen Euro für Auftragsvergaben zur Verfügung. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Finanzminister das vorgeschlagen hat, weil wir damit Planungssicherheit haben. Sie wissen, dass wir mit rund 1 Milliarde Euro Investitionen in die Liegenschaften schon ein großes Stück geschafft haben, bedauerlicherweise aber noch nicht genug. Wenn man auch nicht alles auf einmal machen kann – es wäre viel mehr nötig –, ist es doch gut, dass man wenigstens den Weg weitergehen kann. Insgesamt haben wir für die Investition in die Liegenschaften also rund 2 Milliarden Euro investiert.

Auch gegen Terrorismus und Extremismus müssen wir weiter beherzt vorgehen. Damit das gelingt, setzen wir beim Verfassungsschutz auf eine verbesserte digitale Ausstattung und die tatkräftige Unterstützung weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit insgesamt zehn Stellen.

Die Innere Sicherheit ist ein präsenteres Thema meines Ressorts, aber nicht das einzige; die Verwaltung gehört auch dazu. Sie ist das Gerüst der soliden und erfolgreichen Arbeit. Das hohe Ausbildungsniveau behalten wir auch hier bei: Fast 380 Regierungsinspektoranzwärterinnen und -anwärter werden die Ausbildung beginnen, davon 307 bei den Bezirksregierungen und fast 70 bei den Polizeibehörden. Sie wissen, dass wir vor Kurzem umgeschaltet und eigene Ausbildungen organisiert haben. Hinzu kommen eine enorme Anzahl an Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärtern für die notwendige Digitalisierung der Verwaltung.

Ich möchte den Blick aber auf einen besonderen Bereich der Verwaltung lenken, der nicht unbedingt täglich die Schlagzeilen füllt: unsere Bezirksregierungen, die jetzt wieder eine Mammutaufgabe übernehmen. Sie haben Corona organisiert und werden die Fluthilfe auch wieder zu großen Teilen erledigen müssen. Das ist fast unzumutbar, aber sie sind die einzigen Institutionen, die das machen können.

Das wird wahnsinnige Zusatzarbeit bedeuten; ich bin dankbar, dass die sich darauf einlassen. Allein im Rahmen der Coronasofort- und Wirtschaftshilfen reden wir hier über die Bearbeitung von bisher über 1,2 Millionen Anträgen mit einer Fördersumme von ca. 12 Milliarden Euro. Diesen enormen Arbeitsaufwand leisten die Menschen in unseren Bezirksregierungen; nicht nur deshalb wollen wir sie mit über 500 neuen Stellen weiter stärken.

Beim Feuer- und Katastrophenschutz haben wir erstmalig eine eigene Haushaltsstelle; das ist unerlässlich. Mit dem Haushalt 2022 planen wir daher im allgemeinen Landeshaushalt eigene 1,2 Millionen Euro für den Katastrophenschutz ein. Das ist keine neue Idee, aber eine gute und richtige; das hat uns die Flutkatastrophe gezeigt. Dieses Geld soll unter anderem in die Finanzierung eines Katastrophenschutzlagers fließen. Das ist jedoch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Auch im Feuerschutz wollen wir weiter ansetzen. Das machen wir beispielsweise mit einem neuen Trainingszentrum und neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kreis Düren. Die Städte und Kreise werden zudem wieder durch den Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes in Höhe von fast 41 Millionen Euro profitieren.

Das sind sinnvolle und konsequente Investitionen. Damit kann dieser Entwurf den Grundstein für ein erfolgreiches Jahr 2022 legen. Lassen Sie uns den eingeschlagenen Weg gemeinsam weitergehen, denn die Finanzausstattung gibt allen, die in diesem Bereich arbeiten, ein hohes Maß an Sicherheit.





## **Innenausschuss**

### **91. Sitzung (öffentlich)**

23. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 16:48 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Bedrohung der Synagoge in Hagen an Jom Kippur** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **11**

in Verbindung mit:

**Polizeieinsatz zum Schutz der Synagoge in Hagen am 15.09.2021** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)** **17**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5557

Vorlage 17/5685

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Einbringung durch den Minister des Innern

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeitrag

### **3 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus 20**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/8778

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15183

Ausschussprotokoll 17/1147 (*Anhörung am 01.10.2020*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

### **4 Kommunale IT-Sicherheit sicherstellen – Aufbau eines zentralen Kommunal-CERT 22**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/13081

Ausschussprotokoll 17/1483 (*Anhörung am 24.06.2021*)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

**5 Antisemitismus zielgerichtet bekämpfen 23**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/14069

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/14201

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt eine schriftliche Anhörung.

**6 Verwaltungsabkommen zur Finanzierung der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder 24**

Vorlage 17/5562  
Drucksache 17/14934

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt das Verwaltungsabkommen zur Kenntnis.

**7 Bund-Länder-Vereinbarung über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Warninfrastruktur in den Ländern – Sonderförderprogramm Sirenen 25**

Vorlage 17/5673  
Drucksache 17/15187

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vereinbarung zur Kenntnis.

**8 Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomatensprengungen – Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität entschiedener bekämpfen!** 26

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/12766 – Neudruck

Stellungnahme 17/4071  
Stellungnahme 17/4087  
Stellungnahme 17/4092

Ausschussprotokoll 17/1480 (*Anhörung am 24.06.2021*)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

**9 Kriminalpolizei am Limit – Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Kripo?** 27

Vorlage 17/4788

Ausschussprotokoll 17/1481 (*Anhörung am 24.06.2021*)

– Wortbeiträge

**10 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) –** 28

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14280

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.



**11 Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen 29**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5641  
Vorlage 17/5610  
Vorlage 17/5608

– Wortbeiträge

**12 Wie bewertet die Landesregierung die Vorwürfe des Bündnisses „Versammlungsgesetz stoppen“ im Zusammenhang mit der Demonstration in Düsseldorf am 26.06.2021? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 31**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5642

in Verbindung mit:

**Demonstration gegen geplantes Versammlungsgesetz in Düsseldorf am 26. Juni** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5643

– Wortbeiträge

**13 Abschlussbericht der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ 32**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5655

– Wortbeiträge

- 14 Wie bewertet die Landesregierung die Stellungnahme der LDI zur Massendatenabfrage der „BAO Janus“ des Polizeipräsidiums Bochum? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **35**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5632  
Vorlage 17/5744  
Vorlage 17/5757

– Wortbeiträge

- 15 Polizeieinsatz gegen Pilgerinnen und Pilger in Hamm (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])** **37**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5644

– Wortbeiträge

- 16 Einberufungen des Krisenstabs der Landesregierung seit 2004 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])** **39**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5715

– Wortbeiträge

- 17 Modernisierungsoffensive Direktion Verkehr (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 6])** **40**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5737

– Wortbeiträge

- 18 Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur Räumung des Hambacher Forsts** **41**  
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])

in Verbindung mit:

**Größter Polizeieinsatz NRWs im Hambacher Wald laut Urteil des Verwaltungsgerichts Köln rechtswidrig** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5738

– Wortbeiträge

- 19 Aktualisierter Sachstand zum Telefonbetrug durch „falsche Polizisten“** **44**  
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5748

– Wortbeiträge

- 20 Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]) **45**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5735

– Wortbeiträge

- 21 Sachstand beim Pilotprojekt „PeRiskoP“** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]) **46**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5742

– keine Wortbeiträge

- 22 Bedrohungen durch „Der III. Weg“** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **47**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5741
- keine Wortbeiträge
- 23 Durchsuchungen gegen Rechtsextreme am 9. September 2021** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **48**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5740
- keine Wortbeiträge
- 24 Geplante Stärkung des Bezirksdienstes der Polizei NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **49**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5736
- keine Wortbeiträge
- 25 Gruppenvergewaltigungen in NRW** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9])* **50**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5739
- keine Wortbeiträge
- 26 Ausbeutung und Sklaverei – Menschenhandel in Deutschland 2020 ff.** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9])* **51**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5756
- keine Wortbeiträge

**27 Festnahme bei Kontrolle von Autoposern** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **52**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5743

– keine Wortbeiträge

**28 Anerkennung von Corona-Infektionen bei der Polizei als Dienstunfall** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **53**

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Bericht des Ministers in schriftlicher Form entgegenzunehmen.

**29 Herkunftsnennung jetzt, immer und überall – Für möglichst wirklichskeitsnahe Pressemitteilungen der Strafverfolgungsbehörde in Nordrhein-Westfalen!** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **54**

– Wortbeiträge

\* \* \*

